

Nach der Ankündigung der FARC, zehn gefangene Polizisten und Soldaten freizulassen und Entführungen von Zivilisten künftig nicht mehr als politisches Mittel einzusetzen, füllen sich die kolumbianischen Medien mit Analysen und Spekulationen über Aussichten und Hintergründe dieser Ankündigung.

Am 27.2.2012 schreibt das Wochenmagazin SEMANA:

Das Ende der Entführungen: Eine Geste, die ausreicht für den Weg zum Frieden?

Die Ankündigung der FARC, die zehn Uniformierten freizulassen, die sich noch in ihrer Gewalt befinden und gleichzeitig der Praxis erpresserischer Entführungen "als politische Strategie" ein Ende zu setzen, hat niemanden unberührt gelassen.

Präzise die Entführungen waren es, die von allen subversiven Handlungsweisen im Land und international am meisten verurteilt wurden. Daher wurde die Ankündigung der FARC auf zweierlei Weise aufgenommen: Es gab jene, die es mit Hoffnung auf Frieden zur Kenntnis nahmen und andere, die es wie alles, was von der Guerrilla kommt, mit Skepsis registrierten.

Trotzdem besteht zwischen diesen beiden Formen der Rezeption eine Gemeinsamkeit. Sie stimmen überein, dass das FARC-Kommuniqué "**historisch**" zu nennen ist und es weitreichende Bedeutung in die Zukunft hinein haben und zur Schaffung konkreter Tatsachen führen könnte.

Historische Geste

"Es ist eine Verlautbarung, die in der langen Geschichte der FARC ohne Beispiel ist", sagt der Abgeordnete Iván Cepeda (von der linken Partei Polo, A.d.Ü.), der dem Parlamentsausschuss für Frieden angehört. Historisch ist die Verlautbarung deswegen, weil die FARC darin öffentlich auf erpresserische Entführung als Finanzierungsquelle verzichtet, was sie früher in ihrem sogenannten "Gesetz Nr.002" offen ausgesprochen hatte, das im Jahr 2000 vom Oberkommando erlassen worden war.

In ihrer Verlautbarung erklärt die FARC, dieses "Gesetz" sei aufgehoben. Ein "Gesetz", das für fast hundert Uniformierte, mehr als 20 Politiker und eine unbestimmbare Zahl von Zivilpersonen Entführung und Gefangenschaft brachte.

Die Guerrilla traf diese Entscheidung nicht nur als Geste zur Einleitung von Friedensverhandlungen, sondern auch um "aufzuklären darüber, wer heutzutage in Kolumbien entführt und zu welchen Zwecken". (Erstmalige Distanzierung von kriminellen Banden, A.d.Ü.) Für den Abgeordneten Iván Cepeda ist dies auch eine Wende hin zur Respektierung internationalen humanitären Rechts und der Menschenwürde.

Für den früheren Staatspräsidenten Ernesto Samper besitzt die Verlautbarung der FARC große Bedeutung und er schätzt sie ein als "positive Geste", wie sie die Regierung oft gefordert habe, und es sei auch wichtig, dass die FARC auf eine der Hauptquellen ihrer Finanzierung verzichte.

Präsident Juan Manuel Santos hat seit seiner Amtseinführung am 7. August 2010 wiederholt einseitige Gesten der FARC gefordert. Darunter sind die bedingungslose Freilassung aller Entführten und das Ende der Entführungen.

Lucho Garzón, Parteivorsitzender der Grünen, der von der Regierung Santos eine "Agenda für den Frieden" gefordert hat, verspürt bei dem Kommuniqué der FARC einen "süßsauren Geschmack".

Zunächst begrüßt Garzón, dass die Guerrilla begriffen habe, dass "die Entführungen ein historischer Irrtum waren, der die FARC isolierte, den Abbruch des Friedensprozesses in Caguán rechtfertigte und dem Anspruch, politisch dialogfähig zu sein, zuwiderliefe". Aber Garzón ist auch der Meinung, "wir hätten viele Tote weniger haben können".

Im Zuge des aufkommenden Optimismus sehen nun viele die Notwendigkeit, dass die Regierung das Heft in die Hand nehmen müsse. Iván Cepeda erinnert daran, dass Präsident Santos Gesten gefordert habe. Deshalb ist er dafür, dass die Regierung diese Gesten nun zur Kenntnis nehmen müsse und "damit beginnen muss, Bühnen zu öffnen und dazu den Schlüssel zum Frieden zu benutzen".

Es reicht nicht aus

Das Kommuniqué war von solcher Tragweite, dass Präsident Santos` Antwort nicht lange auf sich warten ließ: Er twitterte: "Wir schätzen die Ankündigung der FARC, auf Entführungen zu verzichten, als einen wichtigen und notwendigen Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht ausreichend ist".

Expräsident Samper bewertet diese Reaktion von Santos als "Antwort, die auf der Hand liegt", da man zuerst "strategische Unterschiede" klarstellen müsse. Aber Samper erwartet, dass die Regierung in den kommenden Tagen "mehr Offenheit" zeigen werde, wodurch auch "Großzügigkeit" zum Ausdruck kommen sollte. Und er betont, dass Frieden nicht einfach das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses sein könne, sondern es eines Wiederaufbaus bedürfe.

Lucho Garzón bezieht sich ebenfalls auf die Worte Santos` und fragt den Präsidenten, was denn ausreichende Gesten zu sein hätten, um einen Friedensprozess zu eröffnen, "damit niemand falsche Erwartungen hegt und Frustrationen erleben muss".....

Camilo Gómez, Friedenskommissar der Regierung Pastrana, meint, die rasche Reaktion von Santos schaffe ein "vorteilhaftes Umfeld".

Er sagt, so würden die Voraussetzungen geschaffen, einen ersten Schritt zu tun. Gómez bewertet die Ankündigung der FARC als "bedeutsam", aber die FARC müsse sie erst einmal umsetzen. Nur dann könne in der Gesellschaft verstanden werden, dass ein Klima zur Erreichung eines Friedens herrsche.

Aber es gibt auch skeptischere Gruppen, zumindest solche Stimmen, die im Einklang mit der des Präsidenten stehen.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Frieden stellt Senator Roy Barreras fest, dass die Verlautbarung der FARC widersprüchliche und inakzeptable Aspekte aufweise, wie z.B. die Gleichsetzung von zivilen Entführten mit im Kampf gefangenen Gegnern.

Barreras, der im Kongress an einem rechtlichen Rahmen für einen eventuellen Friedensvertrag arbeitet, bewertet die Botschaft der Guerrilla als "bedeutsam", aber man müsse sie ohne "falsche Illusionen" aufnehmen, denn "die Ankündigung macht viel Wirbel und worauf es ankommt, ist immer noch die Freilassung aller".

Eine neue Strategie?

Dass die FARC von Entführungen Abstand nimmt, ist wegweisend, aber es existiert auch die Lesart, dass die Guerrilla auf diese Methode gar nicht mehr zu ihrer Finanzierung und Stärkung angewiesen sei, um im Konflikt zu bestehen.

Denn Eduardo Pizarro weist in seinem Buch "Die FARC- von der Bauernguerrilla zur Kriegsmaschine, 2010" darauf hin, dass das Anwachsen der Guerrilla gestützt war auf Erpressung von Lösegeldern und Profite aus dem Drogenhandel. Nach Pizarro "zwei vergiftete Geschenke", weil das erste die FARC in das Blickfeld den Internationalen Strafgerichtshofes rückte und das zweite, weil es die rechtliche Grundlage für die Auslieferung wichtiger FARC-Kader an die USA bildete.

Daher, so argumentiert Pizarro, ist die FARC auf der Suche nach finanziellen Alternativen, wie zum Beispiel den illegalen Abbau von Bodenschätzen, die Aneignung öffentlicher Gelder bei Gemeinden und Departements (durch Bestechung, A.d.Ü.) und schließlich die Beteiligung an kriminellen Aktivitäten, die im Land in den letzten Jahren stark zugenommen haben.

Es gibt viel zu analysieren in der Botschaft der FARC, mit Argumenten der Hoffnung und anderen, die Skepsis ausdrücken. Aber trotz allem bleibt sie ein weitreichendes Dokument. Camilo Gómez sieht es "wie ein Foto, das aus einem Film herausgeschnitten wurde. Wir werden sehen, wie der Film weitergeht".